

### Abwägung im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit (gem. § 3 Abs. 2 BauGB) wurden in der Zeit vom 18.03.2025 bis 25.04.2025 folgende Stellungnahmen abgegeben.

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<b>1.Einwendung 1: Schreiben vom 08.04.2025</b>	
<p>Unter Bezugnahme auf die anwaltlich versicherte und nachzureichende Vollmacht (<b>Anlage 1</b>) zeigen wir Ihnen die rechtliche Vertretung des [REDACTED] Papenburg, an. [REDACTED] ist Eigentümer des Grundstücks zur zuvor genannten postalischen Anschrift der Gemarkung [REDACTED]. Den Eigentumsnachweis in Form des Grundbuchauszuges vom Amtsgericht Papenburg vom 04.04.2025 haben wir als <b>Anlage 2</b> beigelegt.</p> <p><b>I.</b> [REDACTED] bewohnt das mit einem Einfamilienhaus bebaute o.g. Grundstück selbst. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung zum o.g. Bebauungsplan und des geplanten Sondergebietes Tierhaltung und des betriebsbezogenen Wohnens weist der Einwender, [REDACTED], darauf hin, dass er nach Messungen des Unterzeichners von Google Maps am 04.04.2025 Luftlinie knapp [REDACTED] vom Plangebiet entfernt wohnt, gemessen einerseits von der Grundstücksgrenze des Einwenders und andererseits vom äußeren Ende des Plangebietes aus. Das Grundstück des Einwenders liegt [REDACTED] Plangebietes.</p> <p>Der Einwender und Grundstückseigentümer [REDACTED] wendet sich gegen den Bebauungsplan Nr. 272 in der ausgelegten Fassung für ein Gebiet „Bolande, westlich Dammstraße“, da er fürchtet, dass Einwirkungen dadurch zu schädlichen Umwelteinwirkungen in Gestalt von unzumutbaren Geruchsbelästigungen auf sein Grundstück durch den landwirtschaftlichen Betrieb führen wird.</p> <p>Der Antragsteller/Landwirt im Plangebiet ist Tierhalter und möchte vorwiegend für die Unterbringung von Tierhaltungsanlagen seinen (Mast)-Betrieb aufrechterhalten.</p>	<p>Die private Einwendung wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p><b>Zu I.</b> Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Einhaltung der rechtlich zulässigen Emissionen/Immissionen wird durch entsprechende Gutachten im Rahmen des BImSchG-Verfahrens dokumentiert. Im Zuge dieses Angebotsbebauungsplan ist die Realisierbarkeit aufgezeigt worden. Schädliche Umwelteinwirkungen bzw. unzumutbare Geruchsbelästigungen bleiben nicht zurück.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Unklar ist aus Sicht des Einwenders, welche konkreten Nutzungen im Plangebiet erfolgen sollen. Der betroffene Betrieb erfasst ausweislich der Planbegründung auf Seite 4 eine Hähnchenmast mit 80.000 Tieren sowie eine Milchviehwirtschaft. Ziel ist es offensichtlich, mit der Neuansiedlung Strukturen zu schaffen, die eine Weiterentwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes ermöglichen. Der Standort liegt nach Auffassung der planenden Stadt im Außenbereich.</p> <p>Festgesetzt ist ein sonstiges Sondergebiet und „notwendige Infrastrukturen der betrieblichen Nebenanlagen, Biogasanlagen u. a.“. Der Einwender wohnt, wenn man die auf Bildaufnahme, auf Seite 5 der Planbegründung hinzuzieht, [REDACTED]. Er ist nach dem Gutachter der FIDES unmittelbar geruchsbetroffener Grundstückseigentümer.</p> <p>Nach Auffassung des Einwenders wohnt er in einem nach § 34 BauGB zu beurteilenden Gebiet innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils und vom Plangebiet aus gesehen sozusagen als [REDACTED].</p> <p><b>II.</b></p> <p>Der Einwender und Grundstückseigentümer [REDACTED] fürchtet durch die Erweiterung des Hähnchenmaststalles mit ohnehin schon 80.000 Tieren weitere erhebliche Geruchsbeeinträchtigungen im Sinne von schädlichen Umwelteinwirkungen und unzumutbaren Geruchsbelästigungen. Von dem Vorhaben gehen aus seiner Sicht eben solche schädliche Umwelteinwirkungen (§ 3 Abs. 1 Bundesimmissionsschutzgesetz, BImSchG) in Gestalt von unzumutbaren Geruchsbelästigungen aus, die – bei einer Lage im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 3 Satz 1 Nummer 3 BauGB (Plangebiet) und bei einer Lage im Innenbereich (Grundstück des Einwenders) gemäß § 34 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 15 Abs. 1 Satz 2 BauNVO – der Erweiterung des Betriebes entgegenstehen.</p> <p>Das Plangebiet befindet sich südwestlich des sogenannten Ems-Seiten-Kanals und hat ein Geltungsbereich von ca. 16,3 ha. [REDACTED] Grundstück des Einwenders. Hier befindet sich ausweislich der Planbegründung, Seite 9 auch die [REDACTED]</p>	<p>Hier sei zur Kenntnis gegeben, dass es sich um einen Angebotsbebauungsplan handelt.</p> <p>Die konkrete Tier-Nutzung steht noch nicht fest, die Offenhaltung ist planungsabsichtlich zur Sicherung betrieblicher Entwicklungsspielräume. Unabhängig von der Tierhaltungsform sind alle immissionsschutzrechtlichen Vorgaben (z. B. BImSchG, TA-Luft) einzuhalten- Auswirkungen – insbesondere Geruch – werden im Rahmen der Bauleitplanung fachgutachterlich geprüft und planerisch berücksichtigt.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Auffassung des Einwenders wird zur Kenntnis genommen. Die gutachterliche Beurteilung der Gebietskulisse (FIDES-Ingenieure) ist der Anlage zu entnehmen. Die Stadt Papenburg nimmt diese an.</p> <p><b>Zu II.</b></p> <p>Bzgl. der Haltungsart/-form und Tieranzahl können aktuell keine Aussagen getroffen werden, dies wird erst zum Genehmigungsverfahren entschieden. Es werden davon unabhängig jedoch die rechtlich zulässigen Vorgaben eingehalten.</p> <p>Es sei darauf hingewiesen, dass es sich um einen Angebotsbebauungsplan handelt.</p> <p>Eine unzumutbare Beeinträchtigung benachbarter Nutzungen ist auszuschließen.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>des Einwenders. Im Geltungsbereich sind ausweislich der Planbegründung, Seite 11 unter anderem Tierhaltungsanlagen und eine Biogasanlagen u. a. geplant. Die Belange des Bodenschutzes und des Immissionsschutzes sind nicht hinreichend berücksichtigt.</p> <p>Im Einzelnen:</p> <p><b>1.</b> Hinsichtlich des Bodenschutzes (vgl. Planbegründung, S. 13) bitten wir um Prüfung, ob ein Verbot von Biogasanlagen in Wasserschutzgebieten vorliegt. Wir verweisen auf das Verbot der Nummer 13 der Anlage zu § 2 Abs. 1 Wasserschutzgebietsverordnung (SchVO). Durch die Vorbelastung muss mit einem erhöhten Nährstoffaufkommen aus organischen Düngern und der Gefahr der Boden- und Grundwasserverunreinigung bei Betriebsstörungen im Sinne eines vorsorgenden Trinkwasserschutzes gerechnet werden. Liegt ein festgesetztes Wasserschutzgebiet vor? Liegt im LROP ein Vorranggebiet für Trinkwasser vor? Welche fachlichen Stellungnahmen des zuständigen Wasserverbandes gibt es hierzu?</p> <p><b>2.</b> Hinsichtlich des Artenschutzes liegt eine ausführliche Stellungnahme des NABU vom 04.05.2023 vor, die zurecht darauf hinweist, dass bei der Beurteilung des Sachverhalts eine bislang unzureichende Vorhabenbeschreibung vorliegt. Die Ausführungen der Planbegründung auf Seite 13 unten und Seite 14 oben sind in der Pauschalität mit Blick auf das Ende der Brutzeit bzw. vor dem Aufsuchen von Winterquartieren durch Fledermäuse etwa September/Oktober, also vor Baubeginn, nicht mit dem Bundesnaturschutzgesetz vereinbar. Insbesondere ist nicht erkennbar, welche lokalen Populationen hinreichend begutachtet und geschützt wurden und ob und inwieweit Fortpflanzungsstätten oder Ruhestätten berücksichtigt wurden.</p>	<p>Dies kann zurückgewiesen werden. Der Bodenschutz ist umfangreich Teil der Begründung (u. a. Kapitel 6.1) und des Umweltberichtes. Der Immissionsschutz wird durch ein entsprechendes Gutachten der FIDES-Ingenieure dokumentiert.</p> <p><b>Zu 1.</b> In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass das Plangebiet sich in keinem Wasserschutzgebiet befindet.</p> <p><b>Zu 2.</b> Dieser Sachverhalt ist ausführlich Teil des Umweltberichtes mit artenschutzrechtlicher Prüfung.</p> <p>Nach Vorabstimmung mit der UNB wurden 2 Begehungen zur Erfassung von Brutvögeln und Fledermäusen für ausreichend erachtet, anhand derer vorliegende faunistische Erhebungen beidseitig des Ems-Seiten-Kanals (NWP 2018) für den Geltungsbereich stichprobenartig verifiziert und dem Umweltbericht zugrunde gelegt werden sollten. Die Aussagekraft bzw. Belastbarkeit der Daten von NWP ist insofern weiterhin gegeben, als sich der Untersuchungsraum seitdem nicht erheblich verändert hat. Da NWP seinerzeit nur wenige Arten am Rande bzw. außerhalb des Geltungsbereichs verortet hatte, wurden die Stichproben für Brutvögel - auch Saisonübergreifend - erweitert, um zur Bewertung als Brutvogellebensraum ein größeres Artenspektrum heranziehen zu können. Mithin floss in die Bewertung floss auch die durch NWP hergeleitete lokale Bedeutung des Gebietes ein, der u.a. (außerhalb des Geltungsbereichs in einem insgesamt ca. 122 ha großen Raum festgestellte) Arten wie Kiebitz, Kuckuck und Nachtigall zugrunde lagen.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p><b>3.</b> Die Belange des Immissionsschutzes sind trotz des Gutachtens des Büros FIDES vom 23.03.2024 nicht hinreichend beachten worden. Fakt ist, dass die Vorbelastungen an Geruchsemissionen klar erkannt wurden. Die Schlussfolgerungen reichen jedoch nicht aus und sind abwägungsfehlerhaft. Unstreitig ist, dass der Einwender im Umkreis von [REDACTED] vom [REDACTED] Plangebiet entfernt sein Grundstück hat und wohnt. Die Vorbelastung an Geruchsemissionen ist in der Anlage 3 des Gutachtens des Büros FIDES - Seite 16 - auch klar gekennzeichnet (ANP_5). Dort ist klar erkennbar, dass die Geruchsfahnen deutlich in den Bereich des Grundstücks des Einwenders hineinreichen. Weiter ist zu beachten, dass der Einwender nicht mehr im Außenbereich liegt, sondern im Innenbereich. Hier stellt sich auch die Frage, ob die Neuerungen der TA Luft Nummer 3.1, Anhang 7 hinreichend berücksichtigt wurden.</p> <p>Nach der ständigen Rechtsprechung des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts ist die Frage, bis zu welchem Grad Geruchsimmissionen hingenommen werden können, eine Frage des Einzelfalls und mittlerweile in Nummer 3.1 Anhang 7 zur TA-Luft detaillierter geregelt ist als bislang in der GIRL. Unstreitig dürfte sein, dass die regelmäßige Unzumutbarkeit von Geruchsstundenhäufigkeiten über 15 % der Jahresstunden für Wohn- und wohnähnliche Nutzungen gilt und diese Grenze hier überschritten wird.</p> <p>Die ermittelten Vorbelastungen und die Runterrechnung dieser auf eine Zumutbarkeitsschwelle wird vom Einwender gerügt. Ebenso gerügt wird die Annahme den in der Planbegründung, Seite 14, dass lediglich von Außenbereichsflächen ausgegangen wird. Offensichtlich wird von einem Dorfgebiet ausgegangen oder den Werten eines Gewerbe-/Industriegebietes oder Kerngebietes ohne Wohnung. Dies dürfte noch einmal zu klären sein. Wenn man den Wert von Wohn-/Mischgebieten, Kerngebieten und Wohnen und urbanen Gebieten annimmt, ist die Grenze bei 0,10. Gleichwohl ob man § 35 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 BauGB in Betracht zieht oder § 34 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 15 Abs. 1 Satz 2 BauNVO wird diese Frage unter Beachtung der Vorbelastung zu klären sein. Hierbei geht</p>	<p>Nach Vorabstimmung mit der UNB war die Erfassung von Gastvogelarten nicht erforderlich</p> <p><b>Zu 3.</b> In der Immissionsschutztechnischen Untersuchung (Bericht Nr. GS23144.1+2/02 vom 22.03.2024) wurde im Wohnhaus Bokeler Straße 134, 26871 Papenburg eine geruchstechnische Vorbelastung von 11 % der Jahresstunden ermittelt.</p> <p>Nach Durchsicht des Geoportals der Stadt Papenburg liegt das o.g. Grundstück in keinem rechtskräftigen Bebauungsplan. Entsprechend ist hier gesichert von einer Lage im Außenbereich auszugehen. Gemäß dem Kommentar zum Anhang 7 der TA-Luft ist bei einer Geruchsbeurteilung entsprechend Anhang 7 TA Luft jeweils die tatsächliche Nutzung des zu beurteilenden Gebietes zugrunde zu legen.</p> <p>Weiterhin wird im Kommentar zur TA Luft aufgeführt:</p> <p><i>„Für die Beurteilung von Tierhaltungsgerüchen im Außenbereich gilt im Regelfall ein Immissionswert von 0,20. Für alle anderen geruchsrelevanten Anlagen gilt ein Immissionswert von 0,15. Im Außenbereich sind (Bau-) Vorhaben entsprechend § 35 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) nur ausnahmsweise („privilegiert“) zulässig. Ausdrücklich aufgeführt werden landwirtschaftliche Betriebe. Da in der Regel Wohnbebauungen im Außenbereich nicht „Privilegiert“ sind, ist das Wohnen im Außenbereich mit einem immissionsschutzrechtlichen geringeren Schutzanspruch verbunden. Die speziellen Randbedingungen können im Einzelfall im Außenbereich für Gerüche aus Tierhaltungsanlagen ein Immissionswert von 0,25 rechtfertigen. Beispiele sind:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li><i>• ein Immissionsort ist von einer Vielzahl von Tierhaltungsbetrieben umgeben, so dass diese das Gebiet eindeutig prägen oder</i></li> <li><i>• ein Immissionsort, der zusammen mit einer Tierhaltungsanlage gemeinsam mit anderen Tierhaltern, die sich gegenseitig mit Gerüchen beaufschlagen, ausgesiedelt wurde.</i></li> </ul> <p><i>Ein verminderter Schutzanspruch kann auch bei Aufgabe der eigenen Tierhaltung für längere Zeit nachwirken. Umfang und Dauer der Nachwirkung</i></p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>es auch um die konkrete Ermittlung der Tierzahlen und Weiterentwicklung. Hier scheinen die Prognosen nicht hinreichend belastbar, weil unklar ist, was genau geplant ist im Sinne der Erweiterung.</p>	<p><i>bedarf der Bewertung im Einzelfall, wobei der Umfang der jeweiligen Tierhaltung und die damit einhergehende Geruchsbelastung ebenso Berücksichtigung finden können wie die weitere Entwicklung der Umgebung. Solange die Umgebung weiterhin von landwirtschaftlicher Nutzung geprägt ist und insoweit die Wechselbezüglichkeit grundsätzlich fortbesteht, kann auch ein höheres Maß an Geruchsimmissionen hinzunehmen sein.</i></p> <p><i>(OVG NRW, Urteile vom 01.06.2015, Az.: 8A 1467/14, 8 A 1577/14 und A 1760/13 und BVerwG, Urteil vom 27.06.2017, Az.: 4 C 3.16).“</i></p> <p>Die Umgebung des Grundstücks Bokeler Straße 134 in 26871 Papenburg ist eindeutig durch Landwirtschaft mit entsprechenden Tierhaltungsanlagen und landwirtschaftlichen Gerüchen geprägt (Vergleich Anlage 1 des Immissionsschutztechnischen Berichtes). Die nächstgelegene Tierhaltung liegt nordwestlich in einer Entfernung von ca. 100 m zum o.g. Grundstück.</p> <p>Daher kann in jedem Fall der Immissionswert von 20 % gemäß Anhang 7 TA Luft herangezogen werden. Wegen der eindeutigen landwirtschaftlichen Prägung des Grundstückes kann darüber hinaus ein Immissionswert von 25 % angewendet werden.</p> <p>Das Grundstück Bokeler Straße 134 liegt südlich des Plangebietes und somit in Nebenwindrichtung zum Plangebiet (Vergleich Anlagen Nr. 2.3 des Immissionsschutztechnischen Berichtes).</p> <p>Es ist abschließend anzumerken, dass bei der Entwicklung bzw. dem Ausbau des Plangebietes die Immissionswerte <u>an sämtlichen zu berücksichtigenden Immissionspunkten einzuhalten sind.</u></p> <p>Limitierend für die Ausbaugröße des Plangebietes stellt sich das nördlich des Plangebietes gelegene Wohnhaus dar.</p> <p>Je nach Ausbaugröße greifen Anforderungen zur Minderung von Emissionen (Abluftwäsche etc.).</p> <p>Hinsichtlich der Geruchsimmissionen ist aufgrund der Lage weiterer Immissionspunkte und der Windrichtungsverteilung zu erwarten, dass die beschriebenen Immissionswerte zunächst im Bereich der Wohnhäuser im</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p><b>4.</b> Der Einwender rügt die textliche Festsetzung Nr. 1, dass dort ein sonstiges Sondergebiet, welches vorwiegend der Unterbringung von Tierhaltungsanlagen dient, als zu unbestimmt. Als Rechtsgrundlage wird sich auf eine Vorschrift, die die Art der baulichen Nutzung regelt, berufen und die Einschränkung der textlichen Festsetzung begrenzt sich auf allgemein zulässige Tierhaltungsanlagen und Biogasanlagen u.a.. Reine Nutzungsbeschränkungen sind nicht erkennbar.</p> <p><b>5.</b> Die Höhenbeschränkung in der textlichen Festsetzung Nr. 2 Abs. 2 hinsichtlich der Firsthöhe auf maximal 18 m ist nicht präzise genug hinsichtlich des Bemessungspunktes.</p> <p><b>6.</b> Es fehlen Regelungen zu Stoßzeiten, wie der Erntezeit zu der Frage der Lärm- und Geruchsbelästigung.</p> <p><b>7.</b> Zusammenfassend weist der Einwender darauf hin, dass er von einer erheblichen Überschreitung der Immissionswerte ausgeht und die Geruchsvorbelastung nicht hinreichend berücksichtigt wurde. Jedenfalls kann nicht noch weiter die Geruchsbelästigung vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts gesteigert werden. In einem durch landwirtschaftliche Geruchsimmissionen vorbelasteten Gebiet steht der Errichtung von weiteren, hier Hähnchenmaststandorten, Vorbelastung des Gebiets entgegen, dass sich durch das Vorhaben die vorhandene Immissionssituation verschlechtert. Die Vorbelastung ist vor dem Hintergrund der wagen nicht hinreichend konkreten Auslastungen durch weitere Neubaumaßnahmen nicht hinreichend ermittelt. Die Geruchshäufigkeit von 15 % der Jahresstunden wird hier deutlich überschritten. Die Vorbelastung wirkt sich nur dann schutzmindernd aus, sofern die Grenze zur</p>	<p>Nahbereich und in Hauptwindrichtung zum Plangebiet erreicht werden. Die Ermittlung der tatsächlichen Immissionssituation hat in einem anschließenden Genehmigungsverfahren für konkrete Baumaßnahmen im Plangebiet zu erfolgen.</p> <p><b>Zu 4.</b> Da es sich um keinen vorhabenbezogenen Bebauungsplan, sondern um einen Angebotsbebauungsplan handelt, wird an der Textlichen Festsetzung festgehalten.</p> <p><b>Zu 5.</b> Wie in der Legende dargestellt, gelten NHN als gestaffelte Höhenbezugspunkte. Die textliche Festsetzung wird redaktionell klargestellt.</p> <p><b>Zu 6.</b> Diese Feststellung wird zur Kenntnis genommen und sind Gegenstand des anschließenden Genehmigungsverfahrens.</p> <p><b>Zu 7.</b> Die Einhaltung der rechtlich zulässigen Emissionen/Immissionen wird durch entsprechende Gutachten dokumentiert.</p> <p>Der Angebotsbebauungsplan gibt den Rahmen vor, der im anschließenden Genehmigungsverfahren durch eine konkrete Projektplanung einzuhalten ist und projektspezifische Gutachten beinhaltet, die keine schädigenden Umweltwirkungen auf die Nachbarschaft herausstellen lassen.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Gesundheitsgefahr nicht überschritten wird. Umweltauswirkungen müssen verhindert werden.</p> <p>Es ist unklar, ob die neu geplanten Anlagen dem Stand der Technik entsprechen und auf Höhe der Zeit sind. Die Prognosen, die auf Grundlage der GIRL, vorgenommen wurden, sind aufgrund der wagen Voraussetzungen nicht hinreichend präzise. Deshalb ist die gebotene einzelfallbezogene Würdigung und Wertung unter Beachtung der konkreten Umstände auch mit Blick auf das Grundstück des Einwenders unzureichend.</p> <p>Der Stand der Technik (vgl. § 3 Abs. 6 Bundesimmissionsschutzgesetz) ist nicht hinreichend beachtet worden.</p> <p>Im Ergebnis liegt hier eine unzumutbare Belästigung durch landwirtschaftliche Geruchsimmissionen vor (vgl. § 15 Abs. 1 Satz 2 Alt. BauNVO). Schutzmindernde Maßnahmen sind nicht hinreichend beachtet worden. Ein Wohnbauvorhaben fügt sich hinsichtlich der hinzunehmenden Immissionen in die vorbelastete Eigenart der näheren Umgebung nur dann ein, wenn es nicht stärkeren Belastungen ausgesetzt sein wird als die bereits vorhandene Bebauung. Im Ergebnis ist hier von einem weiterhin zu tretenden Geruchskonflikt auszugehen, der die bestehende vorbelastete Lage noch erheblich verschärft. Dies kann nicht zulasten des Einwenders gehen.</p> <p><b>III.</b></p> <p>Wir bitten höflich um Eingangsbestätigung der Einwendungen und künftig aufgrund der vorgelegten Vollmacht um Korrespondenz mit dem Unterzeichner.</p>	<p>Der Stand der Technik ist zu beachten.</p> <p>Eine unzumutbare Belästigung durch landwirtschaftliche Geruchsimmissionen ist nicht zu erkennen. Die ggf. erforderlichen schutzmindernden Maßnahmen werde im anschließenden Genehmigungsverfahren definiert.</p> <p>Die Einhaltung der rechtlich zulässigen Emissionen/Immissionen wird / ist durch entsprechende Gutachten dokumentiert.</p> <p><b>Zu III.</b></p> <p>Der fristgerechte Eingang wird bestätigt. Dies wird beachtet.</p>
<b>2. Einwendung 2: Schreiben vom 24.04.2025</b>	
<p>Stellungnahme:</p> <p>Meine Stellungnahme erfolgt als Eigentümer der [REDACTED], also in unmittelbarer Nähe des betreffenden Bebauungsplanes. Ich gehe hierbei davon aus, dass sowohl mein Name als auch die Bezeichnung meines Grundstückes nicht veröffentlicht werden.</p>	<p>Die private Einwendung wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Laut Beschreibung des Sachverhaltes in der Beratungsvorlage vom 27.11.24 sei es Ziel der Aussiedlung, "Strukturen zu schaffen, die eine Weiterentwicklung und Sicherung der landwirtschaftlichen Hofstelle für die betriebliche Nachfolgeneration zu fördern". Bei der Zielnennung wird nicht erläutert, wie lange der derzeitige Landwirt den Betrieb noch führen wird. Es wird nicht genannt, wer den betrieblichen Hof übernehmen wird. Es wird nicht genannt, wie lange der Betrieb anschließend im familiären Umfeld verbleiben wird bzw. ob ein Verkauf mit Gewinnerzielungsabsichten erfolgen wird. Bei der vorliegenden Vorhabensbeschreibung kann daher nicht hinreichend sicher gestellt werden, dass dieses Ziel nachhaltig erreicht wird. Zudem ist abzuwägen, dass das Ziel des einzelnen Landwirts den konkurrierenden Zielen angrenzender Landwirte, der unmittelbaren Nachbarschaft sowie negativen Einflüssen auf die betroffene Umwelt entgegen steht.</p> <p>Eine zusätzliche Nachfrage nach Pachtflächen durch die geplante Aussiedlung in unmittelbarer Nähe meiner Ackerfläche führt tendenziell zu einem Anstieg der Pachtpreise in diesem räumlichen Umfeld. Hierdurch werden alle Landwirte, die auf anzupachtende Flächen angewiesen sind, künftig benachteiligt.</p> <p>Ebenso erschweren steigende Grundstückspreise zukünftige Zukäufe. Auch aus diesen Gründen ist das Bauvorhaben abzulehnen. Es ist davon auszugehen, dass die bisherige landwirtschaftliche Größe - wie auch schon in der Vergangenheit - ausreichend sein kann, ein auskömmliches Familieneinkommen zu sichern. Eine Vergrößerung des Betriebes zu einer stärkeren Massentierhaltung ist somit aus wirtschaftlicher Sicht nicht zwingend notwendig. Es liegt somit kein hinreichender Grund vor, eine Vergrößerung des Betriebes zu genehmigen.</p> <p>Aus der o.g. Vorhabensbeschreibung geht weiter hervor, dass der Betrieb zum Zeitpunkt der Antragstellung lediglich über einen Teil der vorgesehenen Fläche verfügt. Selbst wenn in der Zwischenzeit weitere Flächen hinzu gekommen sein sollten, ist dennoch nicht erkennbar, dass der Betrieb über die für die geplante Intensivtierhaltung zwingend erforderliche Fläche im Eigentum oder langfristig gesicherten Pachtverträgen verfügt. Sollte der Flächennachweis im Vorfeld nicht erbracht werden, so ist das Vorhaben abzulehnen oder die Anzahl der Vieheinheiten zu reduzieren.</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Sohn des bisherigen Eigentümers übernimmt die Landwirtschaft auf unbestimmte Zeit. Ein Verkauf ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorgesehen.</p> <p>Die aktuelle Planung beachtet die Bestandssituation der angrenzenden Landwirtschaft / Nachbarschaft.</p> <p>Da der Landwirt bereits jetzt Teil der Stadt ist und nur intern umsiedelt, kann dies nicht als übermäßiger Einfluss geltend gemacht werden.</p> <p>Dies liegt im Ermessen des Vorhabenträgers; eine Erweiterung (auch mit Umsiedlung) ist grundsätzlich zulässig.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Flächennachweisführung ist Gegenstand des späteren Genehmigungsverfahrens und nicht dieser Bauleitplanung.</p>



Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Die Versorgungssituation mit Fleisch in Deutschland wird nicht gefährdet, wenn das geplante Bauvorhaben abgelehnt wird. Nach Angaben des Bundesinformationszentrums Landwirtschaft (BZL) ist der Fleischverzehr pro Kopf in der BRD in den letzten Jahren kontinuierlich zurück gegangen, und zwar von 60,9 Kg auf 51,6 Kg im Zeitraum 2018-2023. Eine Umkehr dieses Trendes ist nicht erkennbar. Gleichwohl ist mit einer artgerechten Tierhaltung und dem Schwerpunkt Tierwohl eine umfängliche Versorgungssituation zu erreichen. Eine Genehmigung dieses Vorhabens würde hingegen die unsäglichen Bedingungen der bisherigen Tierhaltungsmethoden auf Jahrzehnte festschreiben und somit einen Umbau zu einer modernen Landwirtschaft verhindern. Insofern ist die geplante intensive Tierhaltung nicht erforderlich und daher abzulehnen.</p> <p>Es ist anhand der vorliegenden Unterlagen nicht mit konkret nachprüfbaren Daten dargelegt worden, dass sämtliche gesetzlichen Vorschriften der Schutzbereiche</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mensch</li> <li>- Tier</li> <li>- Pflanzen</li> <li>- Boden</li> <li>- Wasser</li> <li>- Luft</li> <li>- Klima, Landschaft etc.</li> </ul> <p>eingehalten werden.</p> <p>Somit ist das Vorhaben aus meiner Sicht nicht genehmigungsfähig.</p>	<p>Das Vorhaben liegt im Ermessen des Vorhabenträgers; eine Erweiterung (auch mit Umsiedlung) ist grundsätzlich zulässig.</p> <p>Bzgl. der Tierhaltungsform wurden bisher keine Aussagen getroffen, so dass hier noch alle Formen offen sind.</p> <p>Im Zuge der vorliegenden Bauleitplanung ist ein Umweltbericht erarbeitet worden, der eine schutzgutbezogene Betrachtung des Raumes vor dem Hintergrund der Entwicklung eines Sonstigen Sondergebietes „Tierhaltung“ durchgeführt hat. Die angesprochenen Schutzanforderungen werden eingehalten.</p> <p>Diese Beurteilung wird zur Kenntnis genommen und zurückgewiesen.</p>

Mit Schreiben vom 18.03.2025 hat die Stadt Papenburg die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB von der obigen Planung unterrichtet und um Abgabe einer Stellungnahme gebeten.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben weder Anregungen noch Bedenken vorgebracht:

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Behörde / sonstiger Träger öffentlicher Belange</b>	<b>Stellungnahme vom</b>
1.	Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg	01.04.2025
2.	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	09.05.2023
3.	Gemeinde Rhede	24.03.2025
4.	Avacon Netz GmbH/Avacon Wasser GmbH/WEVG GmbH & Co KG.	26.03.2025
5.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	18.03.2025
6.	Vodafone GmbH/Vodafone Deutschland GmbH	11.04.2025

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben Anregungen vorgebracht:

<b>Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB</b>	<b>Abwägung</b>
<b>1. Landkreis Emsland: Schreiben vom 25.04.2025</b>	
<p>Zum Entwurf der o.g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p><b><u>Raumordnung</u></b>  Die Stadt Papenburg beabsichtigt, den Außenbereich „Bolande, westlich Dammstraße“ bauleitplanerisch zu entwickeln. Vorgesehen ist die Ausweisung eines „Sonstigen Sondergebietes (SO) mit der Zweckbestimmung Tierhaltung und betriebsbezogenes Wohnen“. Das Planungsziel besteht darin, die Aussiedlung eines bestehenden landwirtschaftlichen Betriebes aus dem bisherigen Standort im Bokeler Bogen in den Außenbereich planerisch vorzubereiten und Strukturen zu schaffen, die eine Weiterführung des landwirtschaftlichen Betriebes am neuen Standort möglich machen. Hintergrund dieser Bauleitplanung ist ein anderes städtebauliches Vorhaben am bisherigen Standort des landwirtschaftlichen Betriebes, welches somit eine Standortverlagerung notwendig macht.</p> <p>Die vorliegende Bauleitplanung sieht vor, dass das „Sonstige Sondergebiet (SO)“ über die vorwiegende Zweckbestimmung hinaus, auch die Zulässigkeit für die Errichtung und den Betrieb von Biogasanlagen und Biomassetanks mit Blockheizkraftwerk begründet. Um dem Planungsziel, die Weiterführung eines landwirtschaftlichen Betriebes, der überwiegend Tierhaltung betreibt, gerecht zu werden, ist es aus raumordnerischer Sicht geboten, die Errichtung und den Betrieb von Biogasanlagen im Plangebiet eine Orientierung an den Regelungen des § 25 Abs. 1 Nr. 6 BauGB an, wonach die Kapazität der Biogasanlage den Wert von 2,3 Mio. Nm<sup>3</sup> pro Jahr</p>	<p>Die Stellungnahme des Landkreises Emsland wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p><b><u>Raumordnung</u></b>  Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es handelt sich hier um einen Angebotsbebauungsplan mit der prioritären Nutzung der Tierhaltung. Untergeordnet ist als Nebenanlage die Errichtung einer Biogasanlagen zulässig, d. h. Tierhaltung und Nebenanlage sind immer kumuliert zu betrachten und die Genehmigungsfähigkeit ist nachzuweisen. Eine Kapazitätsfestlegung nebst sonstiger Regulierungen kann im Angebotsbebauungsplan noch nicht erfolgen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>nicht überschreiten darf und die Anlage an das öffentliche Versorgungsnetz bzw. kommunale Wärmenetz anzubinden ist.</p> <p><b><u>Städtebau</u></b>          Gemäß § 1 Abs. 5 BauGB sollen die Bauleitpläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, gewährleisten.</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 3 BauGB haben die Gemeinden die Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. Bauleitpläne müssen somit dem Grundsatz einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung bzw. einer geordneten städtebaulichen Entwicklung entsprechen.</p> <p>Wesentlich ist deshalb der (vgl. BVerwG-Beschluss vom 20.11.1995), dass dem Bauleitplan auf Planrechtfertigung (Erforderlichkeit) ein planerisches Konzept zugrunde liegt, das festlegt, wo (d.h. unter welchen standortbedingten Voraussetzungen) und wann (d.h. unter welchen betriebsbedingten Voraussetzungen) im Gemeindegebiet Baugebiete für Tierhaltung entstehen sollen bzw. können.          Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB ist ein derartiges Konzept dann zukünftig bei der Aufstellung der Bauleitpläne insbesondere zu berücksichtigen.</p> <p>Bei Baugebieten für Tierhaltungsanlagen wird empfohlen, ausschließlich vorhabenbezogene Bebauungspläne aufzustellen, weil dann ausschließlich das mit der Gemeinde abgestimmte Vorhaben durchgeführt werden kann. Zudem bietet der Vorhaben- und Erschließungsplan umfangreiche Gestaltungsmöglichkeiten, die ein Angebotsplan mit seinen nach § 9 BauGB vorgegebenen Festsetzungen nicht leisten kann.</p> <p>Nach § 12 Abs. 3 a BauGB kann im vorhabenbezogenen Bebauungsplan für den Bereich des Vorhaben- und Erschließungsplans eine bauliche oder sonstige Nutzung auch allgemein festgesetzt werden, namentlich durch Festsetzung eines Baugebietes nach der Baunutzungsverordnung. Soll in einem solchen Fall die Zulässigkeit eines Vorhabens auf solche Vorhaben beschränkt bleiben, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet hat, ist im Bebauungsplan unter Anwendung des § 9 Abs. 2 BauGB festzusetzen, dass eine Zulässigkeit nur unter der Bedingung gegeben ist, dass das Vorhaben auch Regelungsgegenstand des Durchführungsvertrages ist (§ 12 Abs. 3a BauGB).</p>	<p><b><u>Städtebau</u></b>          Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der geplante Standort für den landwirtschaftlichen Hof lässt sich nicht nur durch praktische und wirtschaftliche Gründe, sondern auch aus städtebaulicher Sicht gemäß § 1 Abs. 6 BauGB (Baugesetzbuch) überzeugend rechtfertigen.</p> <p>Im vorliegenden Fall entspricht die ausgewählte Fläche den städtebaulichen Zielen, da sie sowohl aus ökologischer Sicht als auch hinsichtlich ihrer Einbindung in das bestehende ländliche Gefüge Vorteile bietet. Die Fläche befindet sich in einem Gebiet, das die nachhaltige Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Infrastruktur unterstützt, ohne die umliegenden Siedlungsstrukturen übermäßig zu belasten. Ihre Nähe zu bereits erschlossenen ländlichen Gebieten erleichtert zudem die Anbindung an die vorhandene Infrastruktur, was im Sinne des § 1 Abs. 6 BauGB, der die wirtschaftliche Erschließung von Flächen fordert, einen klaren Vorteil darstellt.</p> <p>Die Wahl dieser Fläche fördert zudem ein ausgewogenes Verhältnis zwischen landwirtschaftlich genutzten und unbebauten Flächen, was zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, insbesondere nach § 1 Abs. 6 BauGB, beiträgt. Das Vorhaben unterstützt eine nachhaltige Nutzung von Flächen, indem unnötige Eingriffe in andere naturnahe oder städtebaulich sensible Bereiche vermieden werden, die stärker in das ökologische Gleichgewicht eingreifen würden.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Hier handelt es sich jedoch um einen sogen. Angebots-Bebauungsplan, dessen Festsetzungen zu Art und Maß der baulichen Nutzung den Rahmen bilden, der dann individuell ausgestaltet werden kann.</p> <p>§ 11 BauNVO als Rahmenvorschrift ermächtigt den Planungsträger, SO-Gebiete festzusetzen. Für SO-Gebiete sind im Bebauungsplan „die Zweckbestimmung und die Art der Nutzung“ darzustellen und festzusetzen.</p> <p>Die Zweckbestimmung entspricht dabei der allgemeinen Zweckbestimmung, die auf eine oder wenige Nutzungsarten ausgerichtet ist. Sie charakterisiert den SO-Gebietstyp und muss so bestimmt sein, dass die Entwicklungsrichtung des SO-Gebietes eindeutig festgelegt ist. Aus ihr ergeben sich z. B. die Maßstäbe und Grenzen für die Anwendbarkeit des § 15 BauNVO.</p> <p>In der Begründung ist zu erläutern, warum Biogasanlagen zwar laut der 1. Textlichen Festsetzung zulässig sein sollen, aber gerade nicht in die Zweckbestimmungen aufgenommen wurden.</p> <p>Bei den Festsetzungen im Bebauungsplan muss die erforderliche Bestimmtheit beachtet werden. Dies ist bisher nicht ausreichend umgesetzt.</p> <p>Textliche Festsetzungen müssen eindeutige Regelungen treffen, sonst verstoßen sie gegen das verfassungsrechtliche (rechtsstaatliche) Gebot der normativen Bestimmtheit.</p> <p>So Leitsatz des VGH München, Beschluss v. 07.01.2020 – 15 ZB 19,1641: Speziell für Bebauungspläne folgt die Notwendigkeit hinreichender Bestimmtheit sowohl für zeichnerische als auch für textliche Festsetzungen des Bebauungsplanes Betroffenen müssen deshalb erkennen können ,welche Nutzungen auf den Grundstücken zulässig sind.</p>	<p>In diesem Zusammenhang kommt den Geruchsmissionen gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB eine besondere Bedeutung zu. Der Standort bietet die Möglichkeit, die Wohnnutzung wirksam vor den landwirtschaftlichen Gerüchen zu schützen, wodurch der Erhalt und die Förderung der landwirtschaftlichen Nutzung gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 8b BauGB unterstützt werden. Dies trägt langfristig zur Bewahrung der dörflichen Strukturen bei und ermöglicht ein geordnetes Nebeneinander von Wohnbebauung und Landwirtschaft.</p> <p>Die betroffene Fläche weist bereits eine intensive landwirtschaftliche Vorprägung auf, etwa durch Maßnahmen wie Tiefpflügen, Drainage und regelmäßige Bodenbearbeitung. Diese Vorbelastung erleichtert die Errichtung eines landwirtschaftlichen Betriebes, ohne das Landschaftsbild wesentlich zu verändern. Diese Vorgehensweise entspricht auch den Grundsätzen des § 1a BauGB, der eine sparsame und schonende Nutzung von Grund und Boden fordert.</p> <p>Insgesamt ist der geplante landwirtschaftliche Hof nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus städtebaulicher Sicht sinnvoll und entspricht den Zielen des § 1 Abs. 6 BauGB, indem er eine ressourcenschonende, nachhaltige und langfristig tragfähige Entwicklung des ländlichen Raums ermöglicht.</p> <p>In der Begründung wird vertiefend auf die Biogasanlage als untergeordnete Nebenanlage eingegangen.</p> <p>Die ausreichende Bestimmtheit dieses Angebotsbebauungsplans ist gegeben. Zur Klarstellung wird die Biogasanlage als Nebenutzung hervorgehoben.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Die Voraussetzungen für betriebsbezogenes Wohnen sowie die maximale Anzahl der Wohnhäuser sind nicht in den Textlichen Festsetzungen geregelt.</p> <p>Die in der 1. „Textlichen Festsetzung als zulässig genannten „Biogasanlagen und Biomassetanks mit Blockheizkraftwerk“ sind zu unspezifisch. Art und Maß der Nutzung sind hier mindestens durch Höchstgrenzen in Bezug auf Art, Herkunft und Mengen der In- und Outputstoffe sowie Anzahl der Biogasanlagen eindeutig zu bestimmen.</p> <p>Die in der Begründung auf Seite 15 formulierte Vorgabe zur immissionsschutztechnischen Anforderungen „Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens mit einem konkreten Vorhaben (Anlagenstandort, Ausbaugröße, Ableitbedingungen etc. ist zu prüfen bzw. sicherzustellen, dass die immissionsschutztechnischen Anforderungen erfüllt werden.“ Ist als Festsetzung in den Bebauungsplan zu übernehmen, um eine rechtliche Wirkung entfalten zu können. Erläuterungsbericht und Begründung eines Bauleitplans können seine Darstellungen und Festsetzungen nicht ergänzen, sondern nur zu ihrer Verdeutlichung beitragen (vgl. BVerwG, Urt. V. 18.02.1994 – 4 C 4/92)</p> <p>Im Rahmen der Ermittlung der abwägungsrelevanten Belange insbesondere in Bezug auf die Biogasanlagen ist Folgendes zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Auswirkungen des zu erwartenden Zulieferverkehrs, auch in Bezug auf den Lärmschutz, sind zu ermitteln.</li> <li>• Die langfristige Sicherheit der städtebaulichen Ziele – ggf. Sicherstellung der gemeindlichen Wärmeversorgung – ist zu erläutern.</li> <li>• Es ist zu ermitteln, ob ein Sicherheitsabstand i. S. d. Störfallrechts zu benachbarten Schutzobjekten einzuhalten ist. Hierzu ist der Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit KAS-18 „Empfehlungen für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung und schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung – Umsetzung § 50 BImSchG“ heranzuziehen.</li> </ul> <p>In Bezug auf den Umweltbericht wird auf die Stellungnahme zur Flächennutzungsplanänderung hingewiesen.</p>	<p>Die Biogasanlage ordnet sich dem Hauptnutzungszweck Tierhaltung unter.</p> <p>Die angesprochenen Detailangaben können erst im nachgelagerten Genehmigungsverfahren aufgezeigt werden. Die Schutzanforderungen der Nachbarschaft sind einzuhalten.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p><b><u>Naturschutz und Forsten</u></b>  <u>Naturschutzfachliche Belange:</u>  Die Eingriffsregelung nach dem BNatSchG, hier die Bestandserfassung (Biotoptypenkartierung) und die erstellte Eingriffsbilanzierung (Gegenüberstellung von Ist- und Soll-Zustand) wird fach- und sachgerecht abgehandelt. Das ermittelte Kompensationsdefizit wird mit Hilfe geeigneter Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen, wobei ein Teil des Defizits über sog. Ökopunkte, die durch bereits umgesetzte Kompensationsmaßnahmen generiert wurden, ausgeglichen werden soll. Voraussetzung für diese Form der Kompensation ist ein ausreichendes Guthaben auf einem Ökokonto. Der Kontoinhabende ist dabei zweitrangig (Stadt Papenburg, Privatperson etc.). Ein entsprechender Nachweis ist zu erbringen.</p> <p>Die Bewertung der vorgesehenen Gehölzstrukturen, die auf den Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Anpflanzungen geschaffen werden sollen, mit dem Wertfaktor 3 kann aus naturschutzfachlicher Sicht nur anerkannt werden, wenn heimische standortgerechte Laubgehölze Verwendung finden und die Gehölzstrukturen aus mind. drei (3) Pflanzreihen bestehen und gleichzeitig eine Breite von mind. 6 m einnehmen. Gehölzstrukturen unter der drei (3) Pflanzreihen bzw. unter einer Breite von 6 m sind nur bedingt als funktionstüchtig (Biotopverbund, Brut- und Nähgehölz, Wind-/Erosionsschutz, Wanderkorridor etc.) zu bezeichnen und können daher allenfalls mit dem Wertfaktor 2 bewertet werden.</p> <p><u>Artenschutzrechtliche Belange:</u>  Da durch die Bauleitplanungen eine Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 BNatSchG nicht ausgeschlossen werden kann, ist nachzuweisen, dass Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Verbote nicht eintreten. Hierfür ist grundsätzlich eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) erforderlich. Dabei sind Datengrundlagen zu verwenden, die belastbar und nicht älter als fünf Jahre sind und die das zu erwartende Artenspektrum hinsichtlich Erfassungstiefe und -zeitraum ausreichend abbilden. Dies gilt insbesondere für Fledermäuse und Avifauna.</p> <p>Alle faunistischen und floristischen Kartierungen sowie Lebensräume (LRT, Biotoptypen) sind als ArcGIS- bzw. Q-GIS-fähige Shape-Datei abzugeben. Die Erfassungen sind aufgelistet nach Art bzw. Lebensraum nachvollziehbar und strukturiert in der Attributtabelle der Shape-Datei mit wissenschaftlichen und deutschen Namen einzutragen.</p>	<p><b><u>Naturschutz und Forsten</u></b>  <u>Naturschutzfachliche Belange</u>  Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Den Vorgaben wird Folge geleistet. Es werden 3-reihig Gehölzstrukturen mit Breiten von mindestens 10 m und größer angelegt.</p> <p><u>Artenschutzrechtliche Belange</u>  Die hier aufgezeigten artenschutzrechtlichen Belange werden zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Diese Daten werden für interne Zwecke der UBP im Rahmen für Planungen und weiteren Forschungen genutzt.</p> <p>Zu den Bauleitplanungen wurde keine gesonderte bzw. aktuelle saP erstellt. Die Abhandlung der artenschutzrechtlichen Belange erfolgt anhand faunistischer Erhebungen, hier zu den Tiergruppen Brutvögel, Rast- und Gastvögel und Fledermäuse, aus dem Jahr 2018.</p> <p>Das Heranziehen der artenschutzrechtlichen Abhandlung aus dem Jahr 2018 kann trotz Überschreitung des vergebenen Gültigkeitszeitraumes von fünf Jahren zugelassen werden, da sich der Untersuchungsraum in den vergangenen fünf Jahren nicht erheblich verändert hat und die Aussagekraft bzw. die Belastbarkeit der erhobenen Daten weiterhin gegeben ist. Erneute Begehungen und Neubewertungen sind nicht zwingend erforderlich.</p> <p>Nach dem Ergebnis der Erhebungen aus 2018 ist durch die Bauleitplanungen keine Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 BNatSchG zu erwarten. Es kommt nicht zu erheblichen Störungen für wildlebende Tiere der streng geschützten Arten bzw. der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs-, und Wanderzeiten.</p> <p>Für die in 2018 o, Untersuchungsraum erfassten Arten, die einem besonderen (§ 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG) und / oder strengen (§ 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG) Schutz unterliegen, sind in den Planungen Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen bzw. Störungen oder Schädigungen sowie Schutzmaßnahmen vorgesehen.</p> <p>Die Herrichtung der Baufelder (wie z.B. das Abschieben von Oberboden) erfolgt (gemäß § 15 Abs. 1 BNatSchG bzw. den Vorschriften des allgemeinen und besonderen Artenschutzes nach § 39 und § 44 Abs. 4 BNatSchG) außerhalb der Brutzeit bodenbrütender Vogelarten, d.h. nicht in der Zeit zwischen dem 01. März und 31. Juli.</p> <p>Erforderliche Rodungsarbeiten und sonstige Gehölzarbeiten (Rückschnitt, Umsetzungen) sind gemäß § 15 Abs. 1 BNatSchG auf das unumgängliche Maß zu</p>	<p>Nach Vorabstimmung mit der UNB wurden 2 Begehungen zur Erfassung von Brutvögeln und Fledermäusen für ausreichend erachtet, anhand derer vorliegende faunistische Erhebungen beidseitig des Ems-Seiten-Kanals (NWP 2018) für den Geltungsbereich stichprobenartig verifiziert und dem Umweltbericht zugrunde gelegt werden sollten. Die Aussagekraft bzw. Belastbarkeit der Daten von NWP ist insofern weiterhin gegeben, als sich der Untersuchungsraum seitdem nicht erheblich verändert hat. Da NWP seinerzeit nur wenige Arten am Rande bzw. außerhalb des Geltungsbereichs verortet hatte, wurden die Stichproben für Brutvögel - auch Saisonübergreifend - erweitert, um zur Bewertung als Brutvogellebensraum ein größeres Artenspektrum heranziehen zu können. Mithin floss in die Bewertung floss auch die durch NWP hergeleitete lokale Bedeutung des Gebietes ein, der u.a. (außerhalb des Geltungsbereichs in einem insgesamt ca. 122 ha großen Raum festgestellte) Arten wie Kiebitz, Kuckuck und Nachtigall zugrunde lagen.</p> <p>Nach Vorabstimmung mit der UNB war die Erfassung von Gastvogelarten nicht erforderlich.</p> <p>Da im Rahmen der Stichprobenbegehung innerhalb des Geltungsbereichs lediglich Breitflügel- und Zwergfledermaus registriert wurden, wurde vorsorglich die von NWP konstatierte mittlere bis hohe Lebensraumbedeutung übernommen.</p> <p>Die aufgeführten Schutzmaßnahmen werden zur Kenntnis genommen und beachtet.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>beschränken und gemäß § 39 BNatSchG auch bei Zulässigkeit des Eingriffs in der Zeit zwischen dem 01. Oktober und 28. Februar auszuführen.</p> <p>Zur Vermeidung von Verbotstatbeständen gemäß § 44 BNatSchG ist vor der Fällung potenzieller Höhlenbäume von fachkundigem Personal (Biologe, Ornithologe, Landespflege, Mitarbeitende Naturschutzverband) zu prüfen, ob die Bäume von Fledermäusen genutzt oder bewohnt werden.</p> <p>Ein möglicher Gehölzeinschlag ist auf ein Minimum zu reduzieren, um die Beeinträchtigungen gehölzbewohnender bzw. -abhängiger Vogelarten zu verringern. Entsprechend dürfen die Gehölze nur dann geschlagen werden, wenn es bautechnisch bzw. bauleitplanerisch zwingend notwendig ist.</p> <p>Darüber hinaus sind die im Umweltbericht unter Punkt 5.1 (Maßnahmen zur Vermeidung und -minderung artenschutzrechtlicher Beeinträchtigungen, S. 78-79) aufgeführten Einzelmaßnahmen zu beachten und zu gegebener Zeit fach- und sachgerecht umzusetzen.</p> <p><u>Immissionsschutz</u>  Ausweislich des immissionsschutztechnischen Berichts Nr. GS23144.1+2/02 der Fides Immissionsschutz &amp; Umweltgutachter GmbH vom 22.03.2024 sind im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Tierhaltungsanlagen bis zu einer bestimmten Bestandsgröße zulässig, um den Immissionsrichtwert von 25% der Jahresstunden an Geruch einzuhalten. Die maximalen Geruchsstoffströme wurden exemplarisch für einen definierten Gesamt tierbestand im Plangebiet ermittelt.</p> <p>In den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans finden sich jedoch keine konkreten Angaben darüber, in welchem Umfang Tierhaltung zulässig ist. Die im Plangebiet erlaubte Tierart einschließlich der maximal zulässigen Anzahl an Tieren sowie die geruchsemittierenden Nebenanlagen – wie beispielsweise Güllebehälter oder Siloanlagen – sind eindeutig festzulegen.</p> <p>Zudem ist der maximal zulässige Tierbestand in die textlichen Festsetzungen aufzunehmen und das Gutachten entsprechend anzupassen, sodass eine Übereinstimmung zwischen den Festsetzungen und den um Gutachten zugrunde gelegten Werden gewährleistet ist.</p>	<p><u>Immissionsschutz</u>  Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Da es sich um einen Angebotsbebauungsplan handelt, kann es eine solche Festlegung noch nicht geben, da die Art und der Umfang der Tierhaltung noch nicht festliegen.</p>



Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Für die Beurteilung der Lärmimmissionen wurde bislang kein Gutachten vorgelegt. Die erwarteten Lärmimmissionen sind jedoch . analog zu den Geruchsimmissionen – abhängig von der geplanten Nutzung sowie deren Ausmaß (z.B. Größe der Ställe / Biogasanlage, Belüftung).</p> <p>Daher ist ein Gutachten zur Beurteilung der Lärmimmissionen nachzureichen, dass die geplanten konkrete Nutzungssituation berücksichtigt und entsprechend bewertet.</p> <p><u>Immissionsschutz (Biogas)</u>  Gem. den Angaben aus dem Bebauungsplan sowie der dazugehörigen Begründung sollen zukünftig Biogasanlagen und Biomassetanks mit Blockheizkraftwerken im Sondergebiet (SO) zulässig sein. Jedoch fehlen hier m. E. Angaben zur Festlegung möglicher Grenzen einer zukünftigen Biogasanlage sowie dessen Nebenanlagen.</p> <p>Mögliche Restriktionen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anzahl möglicher Behälter sowie dessen Bauweise / Ausführung</li> <li>• Limitierung der produzierten Rohbiogasmengen</li> <li>• Art und Umfang eingesetzter Inputstoffe</li> <li>• Leistungsbegrenzungen von Blockheizkraftwerken</li> </ul> <p>Daher bitte ich um die Prüfung meiner Angaben und um die Ergänzung in den entsprechenden Festsetzungen in den Bebauungsplan.</p> <p>Weitere Restriktionen sind durch die Stat Papenburg zu prüfen und aufzunehmen.</p> <p><u>Gesundheit</u>  Hinsichtlich des Immissionsschutzes sollten aus der Sicht des Fachbereichs Gesundheit und auch des Niedersächsischen Landesgesundheitsamtes die Maßnahmen der TA-Luft 2021 und im Zusammenhang mit Tierhaltungsställen auch die Richtlinien-Reihe VDI 4250, sowie der Erlass zu Ablufteinigungsanlagen in Schweinehaltungsanlagen und Anlagen für Mastgeflügel sowie Bioaerosolproblematik in Schweine- und Geflügelhaltungsanlagen vom 02.05.2013 in der aktuell gültigen Fassung angewendet werden, in der VDE 4250 (August 2014) wird aus umweltmedizinischer Sicht aktuell bestehende Wissensstand adäquat berücksichtigt.</p>	<p>Diese Detailbetrachtung kann erst im Rahmen des folgenden Genehmigungsverfahrens erfolgen.</p> <p>Gleiches gilt für die Lärmimmissionen.</p> <p><u>Immissionsschutz (Biogas)</u>  Wie zuvor bereits ausgeführt, handelt es sich um einen Angebotsbebauungsplan, der keine entsprechenden Festsetzungen treffen kann.</p> <p><u>Gesundheit</u>  Dieser Sachverhalt „Gesundheit“ wird mit Feststehen der geplanten Tierhaltungsanlage im Zuge der folgenden Genehmigungsverfahren überprüft.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Einzelne Hinweise für eine Prüfung auf Bioaerosolbelastungen sind;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ein geringer Abstand zwischen Wohnen/Aufenthaltort und Anlage (Beispiel: &lt;500 m zu Geflügelhaltungen, &lt; 350 m zu Schweinehaltungen)</li> <li>• Ungünstige Ausbreitungsbedingungen (Kaltluftabflüsse in Richtung Wohnbebauung)</li> <li>• Weitere bioaerosolemittierende Anlagen in der Nähe</li> <li>• Empfindliche Nutzungen in der Umgebung (z.B. Krankenhäuser)</li> <li>• Gehäufte Beschwerden der Anwohner über gesundheitliche Beeinträchtigungen</li> <li>• Die benachbarte Wohnbebauung liegt in Hauptwindrichtung in weniger als 1.000 m von der emittierenden Anlage entfernt.</li> <li>• Es liegt eine gegenüber der natürlichen Hintergrundkonzentration an Bioaerosolen bereits erhöhte Bioaerosolkonzentration vor.</li> <li>•</li> </ul> <p>Für die Bauleitplanung empfiehlt sich daher die o.g. Prüfkriterien grundsätzlich zu berücksichtigen.</p>	<p>Im Zuge der Bauleitplanung können diese Detailanforderungen noch nicht abschließend geprüft werden. Aus der Vorprüfung geht hervor, dass die genannten Kriterien eingehalten werden können.</p>
<b>2. Landwirtschaftskammer Niedersachsen; Schreiben vom 23.04.2025</b>	
<p>Die Stadt Papenburg plant die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 272 „Bolande, westlich Dammstraße“. Planungsziel besteht darin, eine Aussiedlung eines im Bokeler Bogen ansässigen landwirtschaftlichen Betriebes in dem Plangebiet zu ermöglichen. Es sollen Tierhaltungsanlagen, auch bei Überschreitung der UVP-Vorprüfungspflicht bzw. UVP-Pflicht, Wohngebäude, eine Biogasanlage mit BHKW, Biomassetanks mit BHKW und Nebenanlagen, soweit sie in einem unmittelbaren Zusammenhang zu einer der genannten Nutzungen stehen sowie Erschließungsflächen und Anpflanzungen zur Eingrünung erstellt werden können.</p> <p>Die Erstellung von Nebenanlagen ist nur zulässig, wenn sie in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der o.g. Nutzungen stehen. Dieser Punkt sollte verallgemeinert, umformuliert oder um die Formulierung „dem Betrieb dienende Nebenanlagen“ ergänzt werden, da u. E., z. B. eine Maschinenhalle nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den o.g. Nutzungen, sondern im Zusammenhang mit der Flächenbewirtschaftung steht und dem Betrieb dient.</p>	<p>Die Stellungnahme der Landwirtschaftskammer wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p>Dieser Hinweis wird in die Planunterlage bzw. in die Begründung aufgenommen. Es sei darauf hingewiesen, dass die bisherigen Festlegungen die Tierhaltung als Hauptnutzung definiert und beispielsweise die Biogasanlage als Nebenanlage sich unterzuordnen hat.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Für die Tierhaltung wurde eine geruchstechnische Untersuchung erstellt. Unter Berücksichtigung der Vorbelastung wurden beispielhaft die maximalen Geruchsstoffströme verschiedener Tierhaltungen ermittelt. Somit kann der Betrieb Tierhaltungsanlagen errichten, die diese maximalen Geruchsstoffströme einhalten. Im Rahmen der Genehmigungsverfahren sind detailliertere Prüfungen erforderlich. Dabei sind u. a. neben der Positionierung der Gebäude, die Abluftpunkte und emmissionsmindernde Maßnahmen heranzuziehen. Weiterhin sind alle immissionsschutztechnischen Anforderungen zu erfüllen. Dazu gehört auch die Berücksichtigung von Ammoniak, Stickstoff und Staub.</p> <p>Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 272 wird die Fläche als Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Tierhaltung und betriebsbezogenes Wohnen“ festgesetzt</p> <p>Die Stadt Papenburg stellt durch die Ausweisung des Sondergebietes die Umsiedlung des Betriebes vom Bokeler Bogen in das Plangebiet sicher. Dabei werden die Belange des Betriebes durch die Schaffung von erforderlichen Erweiterungsmöglichkeiten bzw. der Standortsicherung berücksichtigt.</p> <p>Durch die Ausweisung des Sondergebietes wird dem Betrieb Planungssicherheit gegeben. Unter Berücksichtigung der Ausführungen zu den Nebenanlagen bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken gegen das o.g. Vorhaben.</p> <p>Das Forstamt Weser-Ems äußert sich zum o.g. Vorhaben wie folgt:</p> <p>Gegen das oben genannte Vorhaben bestehen von Seiten des Forstamtes Weser-Ems keine Bedenken.</p>	<p>Dem wird Folge geleistet.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
<b>3. Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie: Schreiben vom 25.04.2025</b>	
<p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgend Hinweise:</p> <p><b>Gashochdruckleitungen, Rohrfernleitungen</b></p> <p>Durch das Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe dazu verlaufen erdverlegte Gashochdruckleitungen bzw. Rohrfernleitungen. Bei diesen Leitungen sind Schutzstreifen zu beachten, die von jeglicher Bebauung und von tiefwurzelndem Pflanzenbewuchs frei zu halten sind. Bitte beteiligen Sie den aktuellen Leitungsbetreiber</p>	<p>Die Stellungnahme des LBEG wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p>Die erdverlegte Gashochdruckleitungen bzw. Rohrfernleitungen verläuft durch das Gebiet und ist als solches im Planteil dargestellt. Zusätzlich ist ein Schutzstreifen von beidseitig je 20 m aufgeführt. Gehölzstrukturen sind hier nicht vorgesehen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung								
<p>direkt am Verfahren, damit ggf. erforderliche Abstimmungsmaßnahmen (genauer Leitungsverlauf, Breite des Schutzstreifens etc.) eingeleitet werden können. Der Leitungsbetreiber kann sich ändern, ohne dass es eine gesetzliche Mitteilungspflicht gegenüber dem LBEG gibt. Wenn Ihnen aktuelle Informationen zum Betreiber bekannt sind, melden Sie diese bitte an <a href="mailto:Leitungskataster@lbeg.niedersachsen.de">Leitungskataster@lbeg.niedersachsen.de</a>. Weitere Informationen erhalten Sie hier. Die beim LBEG vorliegenden Daten zu den betroffenen Leitungen entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Tabelle:</p> <table><tr><th>Objektname</th><th>Betreiber</th><th>Leitungstyp</th><th>Leitungsstatus</th></tr><tr><td>HD_PN70</td><td>EWE NETZ GmbH</td><td>Gashochdruckleitung</td><td>betriebsbereit / in Betrieb</td></tr></table> <p>Wenn die Beteiligung der Leitungsbetreiber bereits im Rahmen früherer Planungsverfahren durchgeführt wurde und zwischenzeitlich keine Veränderung des Leitungsverlaufs erfolgte, ist die Erfordernis einer erneuten Beteiligung der genannten Unternehmen durch die verfahrensführende Behörde abzuwägen.</p> <p>Wir bitten darum, sich mit dem/den betroffenen Unternehmen in Verbindung zu setzen und die ggf. zu treffenden Schutzmaßnahmen abzustimmen. Sofern Ihr Planungsvorhaben Windenergieanlagen betrifft, wird auf die <a href="#">Rundverfügung: Abstand von Windkraftanlagen (WEA) zu Einrichtungen des Bergbaus</a> verwiesen, auch zu finden als Download auf der Webseite des LBEG.</p> <p><b>Hinweise</b></p> <p>Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS® Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p> <p>Sofern Hinweise zu Salzabbaugerechtigkeiten und Erdölaltverträgen für Sie relevant sind, beachten Sie bitte unser Schreiben vom 04.03.2024 (unser Zeichen: LID.4-L67214-07-2024- 0001).</p>	Objektname	Betreiber	Leitungstyp	Leitungsstatus	HD_PN70	EWE NETZ GmbH	Gashochdruckleitung	betriebsbereit / in Betrieb	<p>Der NIBIS-Kartenserver findet ausreichend Berücksichtigung im Umweltbericht.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
Objektname	Betreiber	Leitungstyp	Leitungsstatus						
HD_PN70	EWE NETZ GmbH	Gashochdruckleitung	betriebsbereit / in Betrieb						

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.</p>	
<b>4. Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen; Schreiben vom 19.03.2025</b>	
<p>In der von Ihnen verwendeten Kartengrundlage fehlt der Hinweis auf die nicht im Liegenschaftskataster nachgewiesenen Gebäude, die durch uns mit einem Keil versehen wurden.</p>	<p>Dies wird entsprechend angepasst bzw. beachtet.</p>
<b>5. Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz; Schreiben vom 23.04.2025</b>	
<p>Nachfolgend erhalten Sie die Stellungnahme des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) der Betriebsstelle Meppen (Geschäftsbereich 3: Wasserwirtschaft) und der Betriebsstelle Brake-Oldenburg (Geschäftsbereich 4: Naturschutz) zu dem o.g. Vorhaben.</p> <p><b>Darstellung des Sachverhalts</b> Planungsziel ist es, eine Aussiedlung des gegenwärtigen landwirtschaftlichen Betriebes innerhalb des Stadtgebietes zu realisieren. Es sollen, neben einer Betriebsleiterwohnung und einem Altenteiler, zukünftig Tierhaltung, eine Freilandauslauffläche sowie notwendige Maschinenhallen errichtet werden.</p> <p><b>Stellungnahme als Träger Öffentlicher Belange (TÖB)</b></p> <p><b>Geschäftsbereich 3: Wasserwirtschaft</b> Zuständige Ansprechperson: - Herr Heuving, Fax: 05931/406-100 E-Mail: franz-johann.Heuving@nlwkn.niedersachsen.de und die Unterzeichnerin</p>	<p>Die Stellungnahme des NLWKN wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Anlagen, Grundstücke und Messstellen des NLWKN sind durch die Planungen nicht betroffen.</p> <p>Das Plangebiet liegt zu großen Teilen in einem Bereich, für welches nach § 78b WHG ein signifikantes Hochwasserrisiko ermittelt wurde und die bei einem Hochwasser mit niedriger Wahrscheinlichkeit [HQ<sub>extrem</sub>] über das festgesetzte bzw. vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiet hinaus überschwemmt werden könnte. Bisherige Erkenntnisse aus den Klimamodellierungen prognostizieren eine Entwicklung, dass ein zukünftiges HQ100 dann in den Grenzen des jetzigen HQ<sub>extrem</sub> liegen kann bzw. sehr wahrscheinlich liegen wird. Dieser erwarteten Entwicklung sollte jetzt schon entsprechend Rechnung getragen werden. Notwendiger Überschwemmungsraum wird dann wesentlich schwerer und zu deutlich höheren Kosten zu finden sein.</p> <p>Die Erhöhung der versiegelten Flächen wird von uns in Anbetracht der dadurch reduzierten Grundwasserneubildung, aber auch der immer häufiger stattfindenden Hochwassersituationen, kritisch gesehen, da weitere Niederschläge zum Abfluss gebracht werden und weniger versickern. Es wird unsererseits empfohlen zu prüfen, ob die befestigten Flächen komplett versiegelt werden müssen oder ob die Möglichkeit der Verwendung von Sickersteinen/aufgeweiteten Fugen/Rasengittersteine zur direkten Teilversickerung/Verringerung des Abflusses möglich ist. Aus Gründen einer nachhaltigen Regenwasserbewirtschaftung hat die Versickerung von Niederschlägen Vorrang vor der Ableitung in Oberflächengewässer.</p> <p>Hinweis: Die Stellungnahme als TÖB ersetzt nicht die Stellungnahme des Gewässerkundlichen Landesdienstes (GLD) gemäß RdErl. d. MU vom 06.03.2018 - 23-62018 i. Verb. m. RdErl. d. MU v. 20.12.2023 – 21-62018/05-0001 zu § 29 NWG. Ich gehe davon aus, dass die wasserwirtschaftlichen Belange von der verfahrensführenden Stelle geprüft werden und der GLD ggf. beteiligt wird. Bei einer Beteiligung des GLD sind gem. Abschnitt 4 des vorgenannten RdErl. dem GLD die dafür erforderlichen Unterlagen mit einer ausführlichen Begründung der aus Sicht der beteiligenden Stelle zu erwartenden wesentlichen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt zuzuleiten. (Zuständige Ansprechperson: Heidrun Lucas, Tel. 05931/406-150, E-Mail: <a href="mailto:heidrun.lucas@nlwkn.niedersachsen.de">heidrun.lucas@nlwkn.niedersachsen.de</a> und <a href="mailto:post-stelle.mep@nlwkn.niedersachsen.de">post-stelle.mep@nlwkn.niedersachsen.de</a>)</p>	<p>Der Geltungsbereich liegt laut „Umweltkarten-Niedersachsen“ weder in einem ÜSG-Verordnungsfläche oder in einem vorläufig gesicherten ÜSG, noch in einem Risikogebiet außerhalb von ÜSG § 78b WHG. Die Ausführungen können also zurückgewiesen werden.</p> <p>Das anfallende Oberflächenwasser wird auch zukünftig innerhalb der Fläche verrieselt bzw. versickert. Es wird bei der Bauumsetzung geprüft, ob die befestigten Flächen komplett versiegelt werden müssen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p><b>Geschäftsbereich 4: Naturschutz</b>  Zuständige Ansprechperson: Frau Ewers-Trautmann, Tel.: 0441/95069-140  E-Mail: <a href="mailto:martina.ewers-trautmann@nlwkn.niedersachsen.de">martina.ewers-trautmann@nlwkn.niedersachsen.de</a></p> <p>Die seitens GB4r als TÖB zu vertretenden Belange von Natur und Landschaft sind von dem geplanten Vorhaben der Errichtung einer großflächigen Anlage für Tierhaltung nicht unmittelbar betroffen, da im Vorhabenbereich keine landeseigenen Naturschutzflächen liegen. Im Nahbereich befindet sich das NSG Nenndorfer Mörken WE 145, in dem eine landeseigene Naturschutzfläche von ca. 6,5 ha liegt. Der Abstand zum Vorhabenbereich beträgt ca. 250 m, sodass von einer unmittelbaren Beeinträchtigung durch das Vorhaben <b>nicht</b> auszugehen ist.</p> <p>Als regionale Fachbehörde für Naturschutz weise ich darauf hin, dass im weiteren Verfahren die Belange von Natur und Landschaft durch die zuständige untere Naturschutzbehörde in das Verfahren einzubringen sind.</p> <p>Für Rückfragen oder auf konkrete ergänzende Anfragen steht der GB4r bei Bedarf gern zur Verfügung.</p> <p>Von der Entscheidung erbitten wir eine Ausfertigung für unsere Akten.</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>
<b>6. Wasserverband Nordhümmling: Schreiben vom 14.04.2025</b>	
<p>Gegen die o.g. Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen seitens des Wasserverbandes Hümmling keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Es wird aber darauf hingewiesen, dass die auf der Ostseite der Dammstraße verlegte Trinkwasserversorgungsleitung der Dimension DN 65 entsprechend dem zukünftigen Bedarf des landwirtschaftlichen Betriebes (geplant 4 Masthähnchenställe) zu verstärken ist.</p> <p>In dem geplanten Versorgungstreifen (Ziff. 6.6. der Begründung zum Bebauungsplan) ist daher auch entsprechend Platz für eine erforderliche Trinkwasserversorgungsleitung der Dimension DN 100 vorzusehen.</p>	<p>Die Stellungnahme des Wasserverband Nordhümmling wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Es gibt bisher keine Aussagen bzgl. der geplanten Tierhaltung.</p>
<b>7. EWE-Netz GmbH: Schreiben vom 19.03.2025</b>	
<p>Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.</p>	<p>Die Stellungnahme der EWE Netz GmbH wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden. Das Erdgashochdrucknetz kann durch Näherung Ihrer Baumaßnahme beeinflusst werden. Hierfür setzen Sie sich bitte per E-Mail mit unserer zuständigen Fachabteilung: <a href="mailto:NCENetztechnikGWPostfach@ewe-netz.de">NCENetztechnikGWPostfach@ewe-netz.de</a> in Verbindung.</p> <p>Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an einem anderen Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, gelten dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik. Für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plan- oder Baugebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ planen Sie bitte einen Versorgungstreifen bzw. -korridore für z.B. Telekommunikationslinien und Elektrizitätsleitungen gemäß DIN 1998 von mindestens 1,6 m mit ein. Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.</p> <p>Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen.</p> <p>Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ GmbH, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren. Damit die Planung Ihres Baugebietes durch uns erfolgen kann, teilen Sie uns bitte die dafür notwendigen</p> <p>Informationen über den folgenden Link mit:</p> <p><a href="https://www.ewe-netz.de/kommunen/service/neubaugebietserschliessung">https://www.ewe-netz.de/kommunen/service/neubaugebietserschliessung</a></p> <p>In der Laufzeit Ihres Verfahrens kann sich unser Leitungs- und Anlagenbestand ändern.</p>	<p>Die Ausführungen sind bereits Teil der Unterlagen.</p> <p>Es werden Schutzstreifen von beidseitig je 20 m eingehalten; diese sind entsprechend im Planteil dargestellt.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen und ist bereits Teil der Unterlagen (vgl. Kapitel 6.6).</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies wird beachtet.</p>



Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage eines veralteten Planwerkes kommt, nutzen Sie dafür bitte unsere aktuelle Leitungs- und Anlagenauskunft. Auf unserer Internetseite der EWE NETZ GmbH können Sie sich jederzeit nach einer erfolgreichen Registrierung auf unserem modernen Planauskunftsportal über die konkrete Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen informieren:</p> <p><a href="https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen">https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen</a></p> <p>Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Claudia Vahl unter der folgenden Rufnummer: 0151-74493158.</p>	
<b>8. Telekom; Schreiben vom 23.04.2025</b>	
<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom.</p> <p>Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist.</p> <p>Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren (Internet: <a href="https://trassenauskunftkabel.telekom.de">https://trassenauskunftkabel.telekom.de</a> oder per Email: <a href="mailto:Planauskunft.Nord@telekom.de">Planauskunft.Nord@telekom.de</a>). Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.</p>	<p>Die Stellungnahme der Telekom wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p>Es sind hierzu bereits Ausführungen in den Unterlagen enthalten (vgl. Kapitel 6.6)</p> <p>Die Bauausführenden werden sich vor Beginn entsprechend über die Lage der Leitungen informieren.</p>
<b>9. NABU Emsland / Grafschaft Bentheim: Schreiben vom 25.04.2025</b>	
<p>Mit Bezug auf die öffentliche Bekanntmachung vom 18.3.25 gibt der NABU-Regionalverband Emsland / Grafschaft Bentheim e.V. sowohl im eigenen Namen als auch im Namen des NABU-Landesverbandes Niedersachsen folgende Stellungnahme zu den beiden o.g. Bauleitplanverfahren ab.</p>	<p>Die Stellungnahme des NABU wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Der NABU-Regionalverband wird nach außen vertreten durch den [REDACTED]. Der NABU-Landesverband Niedersachsen wird nach außen vertreten durch den [REDACTED].</p> <p>Der NABU hat vor allem folgende Bedenken, Anregungen und Hinweise aufgrund der ausgelegten Unterlagen.</p> <p><b>1. Immissionsschutztechnisches Gutachten unzureichend</b></p> <p>Der NABU hatte bereits in der vorangegangenen Stellungnahme darauf hingewiesen, dass ein Immissionsschutztechnisches Gutachten erforderlich ist, dass konkrete Aussagen zu den Immissionen durch Lärm, Staub, Bioaerosole, Gerüche und Zusatzbelastung an Ammoniakkonzentration und Stickstoffdeposition eingeht.</p> <p>In der Abwägungsunterlage (S. 7) wird behauptet, es werde ein immissionsschutztechnischer Bericht erstellt, in dem diese Punkte berücksichtigt würden.</p> <p>Diese Aussage ist falsch! Zwar liegt den ausgelegten Planungsunterlagen ein Immissionsschutztechnischer Bericht der Fa. Fides vom 22.3.24 bei. Dieser Bericht bezieht sich jedoch ausschließlich auf die zu erwartenden Beeinträchtigungen durch Gerüche. Wesentliche Immissionen werden deshalb gar nicht betrachtet.</p> <p>Dies ist insbesondere auch deshalb sehr kritisch zu sehen, weil sowohl NABU als auch UNB in ihren Stellungnahmen auf das sehr nahegelegene NSG „Nenndorfer Mörken“ hingewiesen haben. Dieses NSG beherbergt ein kleines Moor mit moortypischen Pflanzen und Lebensräumen. Diese Pflanzen und Lebensräume sind sehr stickstoffempfindlich. Es ist in hohem Maß wahrscheinlich, dass unter den vorhandenen Lebensraumtypen auch solche sind, die dem Schutz der FFH-Richtlinie unterliegen.</p> <p>Es ist davon auszugehen, dass bei der sehr geringen Entfernung von nur 180 m und der zu erwartenden zusätzlichen Stickstoffdeposition durch die geplante Tierhaltung erhebliche Beeinträchtigungen eintreten. Ohne ein entsprechendes Gutachten, dass unter Berücksichtigung der Vor- und Hintergrundbelastung die zu erwartenden Beeinträchtigungen durch die geplante Tierhaltung bewertet, ist eine Abwägung über das Vorhaben im höchsten Maße lücken- und damit fehlerhaft. Darüber hinaus kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Pläne</p>	<p><b>1. Immissionsschutztechnisches Gutachten unzureichend</b></p> <p>Zu der vorliegenden Angebotsbebauungsplanung liegt ein immissionstechnisches Gutachten vor.</p> <p>(betrifft den UB nicht): Zur Ausarbeitung des Umweltberichts lag lediglich der Immissionsschutztechnische Bericht von FIDES vom 22.03.2024 vor.</p> <p>Da wir uns mit der Bauleitplan B-Plan Nr. 272, in einer Angebotsplanung befinden, führt diese angesprochene Detailbetrachtung zur Stickstoffdeposition zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis, da weder Tierart, noch Anzahl, noch Anlagentechnik, noch Standorte der Anlagen bzw. Lüfter, Lufttechnik, noch Minderungsmaßnahmen definiert sind.</p> <p>Final hat die geplante Tierhaltungsanlage, die im Raum zu sichernden Umweltbelange, also auch die Beeinträchtigungen durch Stickstofffrachten, zu erfüllen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>vollziehbar sind. Deshalb ist ein weiteres, umfassendes Gutachten zwingend erforderlich.</p> <p><b>2. Bestandserfassung unzureichend</b></p> <p>Im Umweltbericht (S. 18 ff.) werden die erfolgten Bestandserfassungen der Fauna beschrieben. Diese Kartierungen sind unzureichend:</p> <p>a) Bei den Brutvögeln werden die vorhandenen Daten von NWP 2018 zugrunde gelegt. Diese sind mit 7 Jahren jedoch veraltet. Die weiteren Bestandserfassungen wurden in den Jahren 2023 und 2024 vorgenommen. Damit wurden die Erfassungen in unzulässiger Weise auf 2 Jahre verteilt. Außerdem erfolgten von den 6 Bestandserfassungen die Hälfte nur im Zusammenhang mit anderen Begehungen, also nur „nebenbei“, was die Qualität der Erfassung erheblich mindert. Die Methodenstandards nach SÜDBECK et al. 2005 sind daher in keiner Weise eingehalten. Es wundert daher auch nicht, dass bestimmte Arten wie Kiebitz oder Nachtigall nicht mehr nachgewiesen werden konnten.</p> <p>b) Bestandserfassungen der Gastvögel erfolgten gar nicht.</p> <p>c) Im Hinblick auf die Fledermäuse wurde wiederum von den veralteten Daten von NWP 2018 ausgegangen. Darüber hinaus erfolgt nur eine einmalige Stichprobenerfassung. Kartographische Darstellungen der Ergebnisse fehlen vollständig. Außerdem ist es deshalb auch nicht, dass keine Quartiernachweise erfolgt sind. Balzquartiere konnten schon aufgrund des gewählten Zeitpunktes nicht erfasst werden.</p> <p>Die Bestandserfassungen sind daher insgesamt nicht geeignet als Grundlage für den Umweltbericht und die Artenschutzprüfung zu dienen.</p>	<p>Nach Vorabstimmung mit der UNB wurden 2 Begehungen zur Erfassung von Brutvögeln und Fledermäusen für ausreichend erachtet, anhand derer vorliegende faunistische Erhebungen beidseitig des Ems-Seiten-Kanals (NWP 2018) für den Geltungsbereich stichprobenartig verifiziert und dem Umweltbericht zugrunde gelegt werden sollten. Die Aussagekraft bzw. Belastbarkeit der Daten von NWP ist insofern weiterhin gegeben, als sich der Untersuchungsraum seitdem nicht erheblich verändert hat. Da NWP seinerzeit nur wenige Arten am Rande bzw. außerhalb des Geltungsbereichs verortet hatte, wurden die Stichproben für Brutvögel - auch Saisonübergreifend - erweitert, um zur Bewertung als Brutvogellebensraum ein größeres Artenspektrum heranziehen zu können. Mithin floss in die Bewertung floss auch die durch NWP hergeleitete lokale Bedeutung des Gebietes ein, der u.a. (außerhalb des Geltungsbereichs in einem insgesamt ca. 122 ha großen Raum festgestellte) Arten wie Kiebitz, Kuckuck und Nachtigall zugrunde lagen.</p> <p>Nach Vorabstimmung mit der UNB war die Erfassung von Gastvogelarten nicht erforderlich.</p> <p>siehe 2.a). Da im Rahmen der Stichprobenbegehung innerhalb des Geltungsbereichs lediglich Breitflügel- und Zwergfledermaus registriert wurden, wurde vorsorglich die von NWP konstatierte mittlere bis hohe Lebensraumbedeutung übernommen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p><b>3. Unzureichende Beschreibung der Umweltauswirkungen</b></p> <p>Auf S. 38 des Umweltberichts werden die Umweltauswirkungen zusammengefasst. Auch hier ist auffallend, dass betriebsbedingte Auswirkungen auf die Vegetation durch die zu erwartende Stickstoffbelastung in keiner Weise thematisiert wird.</p> <p><b>4. Vermeidungsmaßnahmen unzureichend</b></p> <p>Die im Umweltbericht (S. 78 f.) aufgeführten Vermeidungsmaßnahmen sind allesamt zwingend erforderlich, aber noch nicht ausreichend. Insbesondere Aussagen zu einem insekten- und fledermausfreundlichen Beleuchtungskonzept, auf die der NABU bereits in der vorangegangenen Stellungnahme hingewiesen hatte, fehlen. Und dass, obwohl in der Abwägungsunterlage (S. 8) behauptet wird, „entsprechende Vermeidungsmaßnahmen werden aufgenommen“. Dabei findet sich in den Vermeidungsmaßnahmen nur eine Aussage zu der nächtlichen Baustellenbeleuchtung. Aussagen zur Beleuchtung während der Betriebszeit fehlen jedoch vollständig.</p> <p><b>5. Kompensationskonzept unzureichend</b></p> <p>Im Umweltbericht wird als interne Kompensationsmaßnahme eine Eingrünungspflanzung vorgesehen. Die weitere Kompensation soll durch den Erwerb von Ökopunkten erfolgen. Diese Vorgehensweise ist nicht sachgerecht.</p> <p>Zum einen ist aufgrund der unzureichenden Bestandserfassungen mit weiteren Tierarten-Vorkommen zu rechnen, die bisher unzureichend berücksichtigt sind. Zum anderen wird durch das Vorhaben Offenland in Anspruch genommen. Lebensraum für Tierarten wie Kiebitz wird vernichtet. Folglich muss auch eine gezielte Kompensation für Offenlandarten in Form von extensiv genutztem Grünland erfolgen. „Irgendwelche“ Maßnahmen, die in Form von Ökopunkten nachgewiesen werden, sind nicht ausreichend.</p> <p>Darüber hinaus ist genaue Lage der jeweiligen externen Maßnahmenflächen zu benennen. Aus dies ist bisher nicht geschehen Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung. Bitte beteiligen Sie den NABU am weiteren Verfahren.</p>	<p>3. siehe 1. sowie Textkasten auf S. 32 des Umweltberichts, nach dem betriebsbedingte Wirkungen ausdrücklich nicht Teil der Ausarbeitungen sind.</p> <p>4. siehe 3.</p> <p>5. Die mittels Erwerb von Ökopunkten zu erbringende und nachzuweisende Kompensation erfolgt in Abstimmung zwischen Stadt Papenburg und Landkreis Emsland.</p>